

740742-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Planungsleistungen für den Neubau der Grundschule (GS) Hildburghausen (1. BA - Haus 1)

OJ S 235/2023 06/12/2023

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Hildburghausen

E-Mail: vergabe@lrahbn.thueringen.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen für den Neubau der Grundschule (GS) Hildburghausen (1. BA - Haus 1)

Beschreibung: (Fach-)Planungsleistungen ab LPH 4 für den Neubau des Hauses 1 der Staatlichen Grundschule (GS) Hildburghausen in 98646 Hildburghausen, Waldstraße 11

Kennung des Verfahrens: 69bcb1ca-6249-4568-8563-7691d05e5a6b

Interne Kennung: I-30/2-02-2023-2104

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Wiesenstraße 18

Stadt: Hildburghausen

Postleitzahl: 98646

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Waldstraße 11

Stadt: Hildburghausen

Postleitzahl: 98646

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Das Vergabeverfahren wird ausschließlich elektronisch über die angegebene Vergabeplattform der eVergabe GmbH (<http://www.evergabe.de>) abgewickelt. Die Vergabeunterlagen stehen unter dem angegebenen Link in elektronischer Form zum Download bereit, ein Versand per E-Mail oder ein Postversand erfolgen nicht. Die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt ebenso ausschließlich über die angegebene Vergabeplattform. Das gilt sowohl für Fragen von Bewerbern bzw. Bietern als auch für die Kommunikation nach Ablauf der Angebotsfrist, z. B. zum Zwecke der Nachforderung von Unterlagen. Da in diesem Zusammenhang Fristen gesetzt werden können, die im Falle der Nichteinhaltung den Ausschluss bedingen, obliegt es den Bewerbern/Bietern, sich stets tagesaktuell darüber zu informieren, ob entsprechende Mitteilungen in ihrem Postfach des Vergabeportals hinterlegt sind. Registrierte Bewerber/Bieter erhalten im Regelfall eine Benachrichtigung über die Einstellung solcher Mitteilungen. Die Verantwortung, die Benachrichtigungen auf dem Portal einzusehen bzw. auf solche Benachrichtigungen rechtzeitig zu reagieren, liegt ausschließlich beim Bieter/Bewerber. Dazu gehört auch die regelmäßige Überprüfung des SPAM-Ordners. Im Übrigen steht die Bezeichnung "(Vergabe-) Portal" oder "(Vergabe-)Plattform" einer vom Anbieter für Kommunikationszwecke bereitgestellten Anwendungssoftware (Bieter-Client) gleich. Im Übrigen gelten die den Vergabeunterlagen beigefügten Hinweise und Bedingungen bei elektronischen Vergabeverfahren über die Vergabeplattform "eVergabe.de". Angebote müssen unter Verwendung des ausgefüllten Angebotsformulars (Anlage A13) unter Angabe des Vor- und Nachnamens sowie der Kontaktdaten des Bieters mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist in Textform über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform eingereicht werden. Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung sowie in Schriftform direkt oder auf dem Postweg ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV). Bietergemeinschaften sind bei Angebotsabgabe verpflichtet, mittels den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Formblatt A13.2) alle Mitglieder zu benennen sowie ein Mitglied als bevollmächtigten Vertreter. Sie müssen sich verpflichten, im Falle der Auftragserteilung die Vertragsleistung als Arbeitsgemeinschaft auszuführen und für alle im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehenden Verbindlichkeiten gesamtschuldnerisch zu haften. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Auszug aus dem Wettbewerbsregister für den Bieter eingeholt wird, der den Zuschlag erhalten soll. Bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder. Im Übrigen sind präqualifizierte Wirtschaftsteilnehmer berechtigt, den Nachweis der Eignung in Bezug auf die in Ziffer 5.1.9 benannten Auswahlkriterien durch Eintragung in die Liste der Präqualifikationsdatenbank (PQ-VOL) bzw. in das Amtliche Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (AVPQ) zu führen, wenn die dort hinterlegten Eignungsnachweise den im anhängigen Vergabeverfahren gestellten Anforderungen an die Befähigung zur Berufsausübung sowie an die finanzielle, wirtschaftliche, technische und berufliche Leistungsfähigkeit entsprechen. Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten ist als Nachweis ebenso zugelassen, wie die Vorlage eines gleichbedeutenden Zertifikats im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards. Als vorläufiger Nachweis i. d. S. wird darüber hinaus auch die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) akzeptiert (§ 48 Abs. 3 i. V. m. § 50 VgV). Hinsichtlich der unter Ziffer 2.1.6 benannten Ausschlussgründe haben Bieter im Rahmen der Angebotsabgabe mittels den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (s. Anlage A13.5 bis A13.7)

eigenerklärend das Vorliegen bzw. Nichtvorliegen der benannten Umstände anzugeben. In den Fällen des § 123 GWB wird regelmäßig vom Ausschluss des Bewerbers/Bieters auszugehen sein. Im Falle des § 124 GWB behält sich der Auftraggeber das Recht hierzu vor. Anderes kann gelten, wenn Selbstreinigungsmaßnahmen nachgewiesen werden können und diese vom Auftraggeber als ausreichend beurteilt werden. Im Übrigen finden die §§ 123 bis 126 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) Anwendung (§ 42 VgV).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 3

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 3

2.1.6. Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 1 GWB i. V. m. §§ 129, 129a oder 129 b StGB oder diesen vergleichbare Normen anderer Staaten

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 1 GWB i. V. m. §§ 129, 129a oder 129 b StGB oder diesen vergleichbare Normen anderer Staaten

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 2 und 3 GWB i. V. m. §§ 89a, 89 c StGB bzw. § 261 StGB oder diesen vergleichbare Normen anderer Staaten

Betrugsbekämpfung: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 4 und 5 GWB i. V. m. §§ 263 und 264 StGB oder diesen vergleichbare Normen anderer Staaten

Korruption: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 6 bis 9 GWB i. V. m. §§ 299, 108e, 333, 334 und 335a StGB sowie § 2 Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung oder diesen vergleichbare Normen anderer Staaten

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 10 GWB i. V. m. §§ 232, 233 und 233a StGB oder diesen vergleichbare Normen anderer Staaten

Entrichtung von Steuern: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 4 Ziffer 1 und 2 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 4 Ziffer 1 und 2 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 1 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 1 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 1 GWB

Konkurs: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 2 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 2 GWB

Vergleichsverfahren: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 2 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 2 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 2 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 3 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 4 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 5 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 6 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 7 GWB
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Ziffer 8 und 9 GWB
Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98 c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarArbG sowie § 22 LkSG
Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Ausschluss von Angeboten, die den Erfordernissen der §§ 53 und 56 VgV nicht genügen (§ 57 VgV) oder Unauskömmlich sind (§ 60 VgV)
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Nicht berücksichtigt werden Angebote von Bietern, denen die Ausübung ihres Gewerbes behördlich untersagt wurde (§ 35 GewO), die nicht über die für die Ausübung der ausgeschriebenen Tätigkeit(en) erforderliche Berufszulassung, Erlaubnis und/oder Berechtigung in der BRD oder nicht über eine erforderliche Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem sie niedergelassen sind, verfügen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Tragwerksplanung - TWP (Fachlos 2)

Beschreibung: Leistungen der Tragwerksplanung nach § 51 HOAI für den Neubau der Grundschule Hildburghausen am Schulcampus Waldstraße in Hildburghausen. Gegenstand des zu vergebenden Planungsauftrages sind die Grundleistungen nach HOAI 2021 der Leistungsphasen (LPH) 4 bis 6 (sowie teilw. LPH 3) nebst erforderlicher besonderer Leistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung für das Schulgebäude - Haus I. Dieses ist mit einem Erdgeschoss mit Teilunterkellerung geplant. Das Gebäude soll in Massivbauweise errichtet werden. Weitere Einzelheiten siehe Bau- und Leistungsbeschreibung des Entwurfsverfassers vom 16.08.2023 nebst Anlagen, Plänen und Zeichnungen.

Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71328000 Dienstleistungen für die Prüfung der Tragwerksplanung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Ja

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Wiesenstraße 18

Stadt: Hildburghausen
Postleitzahl: 98646
Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)
Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Waldstraße 11
Stadt: Hildburghausen
Postleitzahl: 98646
Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2024
Enddatum der Laufzeit: 31/01/2027

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Mit Vertragsschluss werden zunächst die Leistungsphasen 4 bis 6 (und anteilig LPH 3) beauftragt. Es wird die Option vereinbart, weitere besondere und zusätzliche Leistungen zu beauftragen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. In der Wertung gilt dasjenige Angebot als das Wirtschaftlichste, welches unter Berücksichtigung aller Parameter das niedrigste Honorar aufweist bzw. erwarten lässt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 und 124 GWB sowie bestimmten spezialgesetzlichen Ausschlussgründen oder etwaiger Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB gem. den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.5 bis A13.7). B) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Bieter müssen bei Angebotsabgabe mittels den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.3) ihre Befähigung zur Berufsausübung und Bauvorlageberechtigung erklären und einen Nachweis der Befähigung sowie der Bauvorlageberechtigung dieser Erklärung beifügen. Gleiches gilt für Juristische Personen, wenn für die Durchführung der Aufgabe zumindest ein verantwortlicher Bearbeiter benannt werden kann, der die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt. Die Anforderungen sind auch durch eine Bietergemeinschaft nachzuweisen. Mindestens ein Mitglied muss diese Anforderung erfüllen. Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten

Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen. Sämtliche unter A) bis B) geforderten Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bieters/der Mitglieder der Bietergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählen auch Registerauskünfte.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Bestätigung über das Bestehen einer (Berufs-) Haftpflichtversicherung bei einer in der Europäischen Union oder dem EWR ansässigen Versicherungsgesellschaft mit einer Mindestdeckungssumme von 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und 1,0 Mio. EUR für Sachschäden/Vermögensschäden, wobei diese Deckungssumme(n) in jedem Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen muss (zweifache Maximierung pro Jahr). Alternativ eine Aufstellung über die bestehende Betriebshaftpflichtversicherung und die Erklärung einer Versicherungsgesellschaft (nicht Maklers), dass im Auftragsfall eine Versicherung in entsprechender Höhe und entsprechenden Umfangs abgeschlossen wird. Bei Bietergemeinschaften ist der Versicherungsnachweis für jedes Mitglied zu führen. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: zu A): Nachweis einer entsprechenden Berufshaftpflichtversicherung oder der entsprechenden Versicherbarkeitsbestätigung im Auftragsfall. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bieters/der Bietergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern oder Wirtschaftsauskünfte einzuholen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Benennung von nach Art und Umfang vergleichbaren Referenzprojekten des Wirtschaftsteilnehmers aus den Jahren 2018 bis heute entsprechend den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts "Referenzen" (Anlage A13.9). Zugelassen sind nur Referenzprojekte über vergleichbare Planungsleistungen, die realisiert i. S. v. baufertiggestellt sind. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben zu machen: a) Bezeichnung der Referenzleistung, b) Verantwortlicher Projektleiter, c) Auftraggeber (mit Ansprechpartner und Telefonnummer) sowie Angaben darüber, ob es sich um einen öffentlichen Auftraggeber handelte und eine Referenzbescheinigung des Auftraggebers vorliegt, d) Realisierungszeitraum (mit Angabe von Beginn und Inbetriebnahme durch den Nutzer), e) Honorarzone, f) Leistungsumfang gem. HOAI mit Kurzerläuterung zu Besonderheiten, g) Erbrachten Leistungsphasen gem. HOAI h) Gesamtbaukosten (KG 200-700) netto in Euro, i) Anrechenbaren Kosten netto in Euro mit GK, j) Größe/Umfang des Projekts (in BGF gem. DIN 277), k) Honorar (in Euro, netto) l) Art des Vorhabens (Neubau, Sanierung, Kombination aus beiden) B) Angabe von Art und Umfang der Leistungen, für die der Einsatz eines Unterauftragnehmers vorgesehen ist oder zur Erfüllung des Auftrages Kapazitäten Dritter herangezogen werden und Benennung des Unterauftragnehmers/Dritten jeweils mittels den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.4). Möglicherweise geforderte Mindeststandards: zu A): Zu Los 2 -TWP: Mindestens eine Referenzleistung muss folgende Mindestanforderungen erfüllen: Neubauvorhaben, bevorzugt Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche, mindestens Leistungsphasen 3 - 6 erbracht (§ 51 HOAI), Inbetriebnahme durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018, Gesamtbaukosten (KG 200 - 700) mind. 1,0 Mio. Euro netto, mindestens Honorarzone III zu Los 3 - TGA: Mindestens zwei Referenzleistungen, welche nachstehende Mindestanforderungen erfüllen: Mind. 1 Referenz aus der Fachplanung technische Ausrüstung der Anlagengruppen 1-3 nach § 53 HOAI im Rahmen eines

Neubauvorhabens, bevorzugt eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche (Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche), mind. 1 Referenz aus der Fachplanung technische Ausrüstung der Anlagengruppen 4-5 oder 8 nach § 53 HOAI im Rahmen eines Neubauvorhabens, bevorzugt eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche (Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche), davon mind. 1 Referenz über ein Bauvorhaben mit öffentlicher Nutzung, Inbetriebnahme durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018, mindestens Leistungsphasen 4 - 8 erbracht (§ 55 HOAI), auch mit mehreren Referenzen abdeckbar, anrechenbare Kosten aus KG 410/420/430 mind. 200.000 Euro netto, mindestens Honorarzone II bzw. anrechenbare Kosten aus KG 440/450/460 mind. 200.000 Euro netto, mindestens Honorarzone II zu Los 4 - Freianlagen: Mindestens eine Referenzleistung muss folgende Mindestanforderung erfüllen: Freianlagenplanung, bevorzugt Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche, Fertigstellung durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018 mindestens Leistungsphasen 4 - 8 erbracht (§ 39 HOAI), auch mit mehreren Referenzen abdeckbar Zu Los 2 bis 4: Bei Bietergemeinschaften muss die Referenzleistung durch ein Mitglied der Gemeinschaft (d.h. nicht durch jedes einzelne Mitglied) erbracht worden sein. zu B): Auf Verlangen des Auftraggebers ist nachzuweisen, dass die erforderlichen Mittel dem Bieter zur Verfügung stehen (z. B. Verpflichtungserklärung). Wenn sich der Bieter (bei Bietergemeinschaften auch einzelne Mitglieder) im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten von Nachunternehmern (§ 36 Abs. 1 S. 3 VgV) beruft, muss der Bieter bereits mit dem Angebot nachweisen, dass ihm die Kapazitäten des Nachunternehmers zur Verfügung stehen, beispielsweise durch eine Verpflichtungserklärung. Ferner muss der Bieter bereits mit dem Angebot Unterlagen vorlegen, die belegen, dass der Nachunternehmer über diejenige Eignung auch tatsächlich verfügt, auf die sich der Bieter beruft.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-18c114a897d-3e4c54acce79d0f6>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 15/01/2024 14:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 45 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber bzw. die Vergabestelle behält sich unter den Voraussetzungen des § 56 Abs. 2, 3 VgV vor, unter Fristsetzung dazu aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten, werden von der Wertung ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV). Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 15/01/2024 14:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der Bieterinformation nach §134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Landratsamt Hildburghausen

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landratsamt Hildburghausen

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Technische Gebäudeausrüstung - TGA (Fachlos 3)

Beschreibung: Fachplanungsleistungen für die Technische Gebäude-Ausrüstung (TGA) nach § 53 HOAI für den Neubau der Grundschule Hildburghausen am Schulcampus Waldstraße in Hildburghausen. Gegenstand des zu vergebenden Auftrages sind die Grundleistungen nach HOAI 2021 jeweils der Leistungsphasen (LPH) 4 bis 9 (sowie teilw. LPH 3) nebst erforderlicher besonderer Leistungen für die Anlagengruppen 1, 2, 3, 4, 5 und 8 nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung für das Schulgebäude - Haus I. Diese umfasst die Fachplanung der elektrischen Anlagen einschließlich Gebäudeautomation, der Heizungs- und Sanitäreinrichtungen sowie der Lüftungsanlagen gemäß den nutzerspezifischen Anforderungen sowie den Anforderungen aus Brandschutz-, GEG- und Unfall/Sicherheitsanforderungen für Schulgebäude. Die Anlagen umfassen die Anlagengruppen 4 und 5 nach § 53 HOAI bzw. die KG 440, 450, Teile der KG 470, 480 und 490, die Anlagengruppen 1, 2 und teilw. 8 nach § 53 HOAI bzw. die KG 410, 420, Teile der KG 480 und 490 sowie die Anlagengruppe 3 und teilw. 8 nach § 53 HOAI bzw. die KG 430, Teile der KG 480 und 490. Die Anlagen sind auf der Grundlage der aktuellen technischen und nutzungsspezifischen Anforderungen gem. Nutzungs- und Funktionsbeschreibung sowie unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit neu zu erstellen. Weitere Einzelheiten siehe Bau- und Leistungsbeschreibung des Entwurfsverfassers vom 16.08.2023 nebst Anlagen, Plänen und Zeichnungen. Interne Kennung: LOT-0002

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71323100 Planung von Stromversorgungssystemen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Ja

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Wiesenstraße 18

Stadt: Hildburghausen

Postleitzahl: 98646

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Waldstraße 11

Stadt: Hildburghausen

Postleitzahl: 98646

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/01/2027

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Mit Vertragsschluss werden zunächst die Leistungsphasen 4 bis 6 (und anteilig LPH 3) beauftragt. Es wird die Option vereinbart, weitere Leistungsphasen bis LPH 9 stufenweise zu beauftragen. Besondere Leistungen und Zusätzliche Leistungen nach Bedarf.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis- Leistungs-Verhältnis gemäß dem in den Vergabeunterlagen benannten

Wertungssystem. Dabei geht das Honorar als preisliches Zuschlagskriterium zu 70 % und das auf die Philosophie des Bieters zur Lösung der Planungsaufgabe gerichtete Leistungskonzept als qualitatives Zuschlagskriterium zu 30 % in die Wertung ein. Unter den in der Angebotswertung verbliebenen Angeboten erhält das Angebot den Zuschlag, das die höchste Gesamtpunktzahl erreicht.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 und 124 GWB sowie bestimmten spezialgesetzlichen Ausschlussgründen oder etwaiger Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB gem. den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.5 bis A13.7). B) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Bieter müssen bei Angebotsabgabe mittels den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.3) ihre Befähigung zur Berufsausübung und Bauvorlageberechtigung erklären und einen Nachweis der Befähigung sowie der Bauvorlageberechtigung dieser Erklärung beifügen. Gleiches gilt für Juristische Personen, wenn für die Durchführung der Aufgabe zumindest ein verantwortlicher Bearbeiter benannt werden kann, der die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt. Die Anforderungen sind auch durch eine Bietergemeinschaft nachzuweisen. Mindestens ein Mitglied muss diese Anforderung erfüllen. Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen. Sämtliche unter A) bis B) geforderten Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bieters/der Mitglieder der Bietergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählen auch Registerauskünfte.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Bestätigung über das Bestehen einer (Berufs-) Haftpflichtversicherung bei einer in der Europäischen Union oder dem EWR ansässigen Versicherungsgesellschaft mit einer Mindestdeckungssumme von 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und 1,0 Mio. EUR für Sachschäden/Vermögensschäden, wobei diese Deckungssumme(n) in jedem Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen muss (zweifache Maximierung pro Jahr). Alternativ eine Aufstellung über die bestehende Betriebshaftpflichtversicherung und die Erklärung einer Versicherungsgesellschaft (nicht

Maklers), dass im Auftragsfall eine Versicherung in entsprechender Höhe und entsprechenden Umfangs abgeschlossen wird. Bei Bietergemeinschaften ist der Versicherungsnachweis für jedes Mitglied zu führen. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: zu A): Nachweis einer entsprechenden Berufshaftpflichtversicherung oder der entsprechenden Versicherbarkeitsbestätigung im Auftragsfall. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bieters/der Bietergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern oder Wirtschaftsauskünfte einzuholen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Benennung von nach Art und Umfang vergleichbaren Referenzprojekten des Wirtschaftsteilnehmers aus den Jahren 2018 bis heute entsprechend den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts "Referenzen" (Anlage A13.9). Zugelassen sind nur Referenzprojekte über vergleichbare Planungsleistungen, die realisiert i. S. v. baufertiggestellt sind. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben zu machen: a) Bezeichnung der Referenzleistung, b) Verantwortlicher Projektleiter, c) Auftraggeber (mit Ansprechpartner und Telefonnummer) sowie Angaben darüber, ob es sich um einen öffentlichen Auftraggeber handelte und eine Referenzbescheinigung des Auftraggebers vorliegt, d) Realisierungszeitraum (mit Angabe von Beginn und Inbetriebnahme durch den Nutzer), e) Honorarzone, f) Leistungsumfang gem. HOAI mit Kurzerläuterung zu Besonderheiten, g) Erbrachten Leistungsphasen gem. HOAI h) Gesamtbaukosten (KG 200-700) netto in Euro, i) Anrechenbaren Kosten netto in Euro mit GK, j) Größe/Umfang des Projekts (in BGF gem. DIN 277), k) Honorar (in Euro, netto) l) Art des Vorhabens (Neubau, Sanierung, Kombination aus beiden) B) Angabe von Art und Umfang der Leistungen, für die der Einsatz eines Unterauftragnehmers vorgesehen ist oder zur Erfüllung des Auftrages Kapazitäten Dritter herangezogen werden und Benennung des Unterauftragnehmers/Dritten jeweils mittels den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.4). Möglicherweise geforderte Mindeststandards: zu A): Zu Los 2 -TWP: Mindestens eine Referenzleistung muss folgende Mindestanforderungen erfüllen: Neubauvorhaben, bevorzugt Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche, mindestens Leistungsphasen 3 - 6 erbracht (§ 51 HOAI), Inbetriebnahme durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018, Gesamtbaukosten (KG 200 - 700) mind. 1,0 Mio. Euro netto, mindestens Honorarzone III zu Los 3 - TGA: Mindestens zwei Referenzleistungen, welche nachstehende Mindestanforderungen erfüllen: Mind. 1 Referenz aus der Fachplanung technische Ausrüstung der Anlagengruppen 1-3 nach § 53 HOAI im Rahmen eines Neubauvorhabens, bevorzugt eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche (Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche), mind. 1 Referenz aus der Fachplanung technische Ausrüstung der Anlagengruppen 4-5 oder 8 nach § 53 HOAI im Rahmen eines Neubauvorhabens, bevorzugt eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche (Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche), davon mind. 1 Referenz über ein Bauvorhaben mit öffentlicher Nutzung, Inbetriebnahme durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018, mindestens Leistungsphasen 4 - 8 erbracht (§ 55 HOAI), auch mit mehreren Referenzen abdeckbar, anrechenbare Kosten aus KG 410/420/430 mind. 200.000 Euro netto, mindestens Honorarzone II bzw. anrechenbare Kosten aus KG 440/450/460 mind. 200.000 Euro netto, mindestens Honorarzone II zu Los 4 - Freianlagen: Mindestens eine Referenzleistung muss folgende Mindestanforderung erfüllen: Freianlagenplanung, bevorzugt Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche, Fertigstellung durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018 mindestens Leistungsphasen 4 - 8 erbracht (§ 39 HOAI), auch mit mehreren Referenzen abdeckbar Zu Los 2 bis 4: Bei Bietergemeinschaften muss die Referenzleistung durch ein Mitglied der Gemeinschaft (d.h. nicht durch jedes einzelne Mitglied) erbracht worden sein. zu

B): Auf Verlangen des Auftraggebers ist nachzuweisen, dass die erforderlichen Mittel dem Bieter zur Verfügung stehen (z. B. Verpflichtungserklärung). Wenn sich der Bieter (bei Bietergemeinschaften auch einzelne Mitglieder) im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten von Nachunternehmern (§ 36 Abs. 1 S. 3 VgV) beruft, muss der Bieter bereits mit dem Angebot nachweisen, dass ihm die Kapazitäten des Nachunternehmers zur Verfügung stehen, beispielsweise durch eine Verpflichtungserklärung. Ferner muss der Bieter bereits mit dem Angebot Unterlagen vorlegen, die belegen, dass der Nachunternehmer über diejenige Eignung auch tatsächlich verfügt, auf die sich der Bieter beruft.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungskonzept (Darlegung des Bieters zur Lösung der Planungsaufgabe)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-18c114a897d-3e4c54acce79d0f6>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 15/01/2024 14:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 45 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber bzw. die Vergabestelle behält sich unter den Voraussetzungen des § 56 Abs. 2, 3 VgV vor, unter Fristsetzung dazu aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten, werden von der Wertung ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV). Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 15/01/2024 14:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der Bieterinformation nach §134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Landratsamt Hildburghausen

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landratsamt Hildburghausen

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

5.1. Los: LOT-0003

Titel: Freianlagenplanung (Fachlos 4)

Beschreibung: Fachplanungsleistungen über die Frei- bzw. Außenanlagen nach § 39 HOAI für den Neubau der Grundschule - Haus 1 am Schulcampus Waldstraße in Hildburghausen, u. a. für den/die Schulhof, Spielflächen für Hort inkl. Spielgeräte, Schulgarten, Verkehrsflächen (Wege, Stellplätze etc.), Fußgängerbrücke über den Römersbach (Fließgewässer), (Oberflächen-)Entwässerung. Weitere Einzelheiten siehe Bau- und Leistungsbeschreibung des Entwurfsverfassers vom 16.08.2023 nebst Anlagen, Plänen und Zeichnungen (gem. Vergabeunterlagen)

Interne Kennung: LOT-0003

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Ja.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Wiesenstraße 18

Stadt: Hildburghausen

Postleitzahl: 98646

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Waldstraße 11

Stadt: Hildburghausen

Postleitzahl: 98646

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/01/2027

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Mit Vertragsschluss werden zunächst die Leistungsphasen 4 bis 6 (und anteilig LPH 3) beauftragt. Es wird die Option vereinbart, weitere Leistungsphasen bis LPH 9 stufenweise zu beauftragen. Besondere Leistungen und Zusätzliche Leistungen nach Bedarf.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis gemäß dem in den Vergabeunterlagen benannten Wertungssystem. Dabei geht das Honorar als preisliches Zuschlagskriterium zu 70 % und das auf die Philosophie des Bieters zur Lösung der Planungsaufgabe gerichtete Leistungskonzept als qualitatives Zuschlagskriterium zu 30 % in die Wertung ein. Unter den in der Angebotswertung verbliebenen Angeboten erhält das Angebot den Zuschlag, das die höchste Gesamtpunktzahl erreicht.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 und 124 GWB sowie bestimmten spezialgesetzlichen Ausschlussgründen oder etwaiger Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB gem. den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.5 bis A13.7). B) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Bieter müssen bei Angebotsabgabe mittels den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.3) ihre Befähigung zur Berufsausübung und Bauvorlageberechtigung erklären und einen Nachweis der Befähigung sowie der Bauvorlageberechtigung dieser Erklärung beifügen. Gleiches gilt für Juristische Personen, wenn für die Durchführung der Aufgabe zumindest ein verantwortlicher Bearbeiter benannt werden kann, der die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt. Die Anforderungen sind auch durch eine Bietergemeinschaft nachzuweisen. Mindestens ein Mitglied muss diese Anforderung erfüllen. Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen. Sämtliche unter A) bis B) geforderten Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bieters/der Mitglieder der Bietergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählen auch Registerauskünfte.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Bestätigung über das Bestehen einer (Berufs-) Haftpflichtversicherung bei einer in der Europäischen Union oder dem EWR ansässigen Versicherungsgesellschaft mit einer Mindestdeckungssumme von 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und 1,0 Mio. EUR für Sachschäden/Vermögensschäden, wobei diese Deckungssumme(n) in jedem Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen muss (zweifache Maximierung pro Jahr). Alternativ eine Aufstellung über die bestehende Betriebshaftpflichtversicherung und die Erklärung einer Versicherungsgesellschaft (nicht Maklers), dass im Auftragsfall eine Versicherung in entsprechender Höhe und entsprechenden Umfangs abgeschlossen wird. Bei Bietergemeinschaften ist der Versicherungsnachweis für jedes Mitglied zu führen. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: zu A): Nachweis einer entsprechenden Berufshaftpflichtversicherung oder der entsprechenden Versicherbarkeitsbestätigung im Auftragsfall. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bieters/der Bietergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern oder Wirtschaftsauskünfte einzuholen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Benennung von nach Art und Umfang vergleichbaren Referenzprojekten des Wirtschaftsteilnehmers aus den Jahren 2018 bis heute entsprechend den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts "Referenzen" (Anlage A13.9). Zugelassen sind nur Referenzprojekte über vergleichbare Planungsleistungen, die realisiert i. S. v. baufertiggestellt sind. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben zu machen: a) Bezeichnung der Referenzleistung, b) Verantwortlicher Projektleiter, c) Auftraggeber (mit Ansprechpartner und Telefonnummer) sowie Angaben darüber, ob es sich um einen öffentlichen Auftraggeber handelte und eine Referenzbescheinigung des Auftraggebers vorliegt, d) Realisierungszeitraum (mit Angabe von Beginn und Inbetriebnahme durch den Nutzer), e) Honorarzone, f) Leistungsumfang gem. HOAI mit Kurzerläuterung zu Besonderheiten, g) Erbrachten Leistungsphasen gem. HOAI h) Gesamtbaukosten (KG 200-700) netto in Euro, i)

Anrechenbaren Kosten netto in Euro mit GK, j) Größe/Umfang des Projekts (in BGF gem. DIN 277), k) Honorar (in Euro, netto) l) Art des Vorhabens (Neubau, Sanierung, Kombination aus beiden) B) Angabe von Art und Umfang der Leistungen, für die der Einsatz eines Unterauftragnehmers vorgesehen ist oder zur Erfüllung des Auftrages Kapazitäten Dritter herangezogen werden und Benennung des Unterauftragnehmers/Dritten jeweils mittels den Vergabeunterlagen beigefügten Formblatts (Anlage A13.4). Möglicherweise geforderte Mindeststandards: zu A): Zu Los 2 -TWP: Mindestens eine Referenzleistung muss folgende Mindestanforderungen erfüllen: Neubauvorhaben, bevorzugt Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche, mindestens Leistungsphasen 3 - 6 erbracht (§ 51 HOAI), Inbetriebnahme durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018, Gesamtbaukosten (KG 200 - 700) mind. 1,0 Mio. Euro netto, mindestens Honorarzone III zu Los 3 - TGA: Mindestens zwei Referenzleistungen, welche nachstehende Mindestanforderungen erfüllen: Mind. 1 Referenz aus der Fachplanung technische Ausrüstung der Anlagengruppen 1-3 nach § 53 HOAI im Rahmen eines Neubauvorhabens, bevorzugt eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche (Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche), mind. 1 Referenz aus der Fachplanung technische Ausrüstung der Anlagengruppen 4-5 oder 8 nach § 53 HOAI im Rahmen eines Neubauvorhabens, bevorzugt eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche (Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche), davon mind. 1 Referenz über ein Bauvorhaben mit öffentlicher Nutzung, Inbetriebnahme durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018, mindestens Leistungsphasen 4 - 8 erbracht (§ 55 HOAI), auch mit mehreren Referenzen abdeckbar, anrechenbare Kosten aus KG 410/420/430 mind. 200.000 Euro netto, mindestens Honorarzone II bzw. anrechenbare Kosten aus KG 440/450/460 mind. 200.000 Euro netto, mindestens Honorarzone II zu Los 4 - Freianlagen: Mindestens eine Referenzleistung muss folgende Mindestanforderung erfüllen: Freianlagenplanung, bevorzugt Schule, Kita, Betreuung Kinder und Jugendliche, Fertigstellung durch den Nutzer nicht vor dem 01.01.2018 mindestens Leistungsphasen 4 - 8 erbracht (§ 39 HOAI), auch mit mehreren Referenzen abdeckbar Zu Los 2 bis 4: Bei Bietergemeinschaften muss die Referenzleistung durch ein Mitglied der Gemeinschaft (d.h. nicht durch jedes einzelne Mitglied) erbracht worden sein. zu B): Auf Verlangen des Auftraggebers ist nachzuweisen, dass die erforderlichen Mittel dem Bieter zur Verfügung stehen (z. B. Verpflichtungserklärung). Wenn sich der Bieter (bei Bietergemeinschaften auch einzelne Mitglieder) im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten von Nachunternehmern (§ 36 Abs. 1 S. 3 VgV) beruft, muss der Bieter bereits mit dem Angebot nachweisen, dass ihm die Kapazitäten des Nachunternehmers zur Verfügung stehen, beispielsweise durch eine Verpflichtungserklärung. Ferner muss der Bieter bereits mit dem Angebot Unterlagen vorlegen, die belegen, dass der Nachunternehmer über diejenige Eignung auch tatsächlich verfügt, auf die sich der Bieter beruft.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungskonzept (Darlegung des Bieters zur Lösung der Planungsaufgabe)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-18c114a897d-3e4c54acce79d0f6>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 15/01/2024 14:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 45 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber bzw. die Vergabestelle behält sich unter den Voraussetzungen des § 56 Abs. 2, 3 VgV vor, unter Fristsetzung dazu aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten, werden von der Wertung ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV). Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 15/01/2024 14:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der Bieterinformation nach §134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder

per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Landratsamt Hildburghausen

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landratsamt Hildburghausen

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Hildburghausen

Registrierungsnummer: Leitweg-ID 16069000-0001-53

Postanschrift: Wiesenstraße 18

Stadt: Hildburghausen

Postleitzahl: 98646

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Landratsamt Hildburghausen, SG Zentrale Vergabe

E-Mail: vergabe@lahbn.thueringen.de

Telefon: +49 3685-445516

Fax: +49 3685-445501

Internetadresse: <https://www.landkreis-hildburghausen.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.evergabe.de/auftraege/suche-ueber-vergabestellen/Landratsamt%2520Hildburghausen>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Registrierungsnummer: 16069000-0001-53

Postanschrift: Jorge-Semprún-Platz 4

Stadt: Weimar

Postleitzahl: 99423

Land, Gliederung (NUTS): Weimar, Kreisfreie Stadt (DEG05)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@tlvwa.thueringen.de

Telefon: +49 361 573321254

Fax: +49 361 573321059

Internetadresse: <https://www.thueringen.de/th3/tlvwa/vergabekammer/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: cae5f221-8acf-4450-8551-e9c983ed1d62 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/12/2023 16:46:01 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 740742-2023

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 235/2023

Datum der Veröffentlichung: 06/12/2023